

«Weniger als 30 geschossene Wölfe? Das wäre enttäuschend!»



Georges Schnydrig, Präsident des Vereins «Lebensraum ohne Grossraubtiere», kritisiert die Abschussziele des Kantons. Bild: pomona.media

Herold Bieler

Der Verein «Lebensraum Wallis ohne Grossraubtiere» lobt Bundesrat Rösti und kritisiert den Kanton. Und man ist erstaunt, dass man in zwei Monaten nur zehn bis 15 Wölfe abschiessen will.

Georges Schnydrig, Präsident des Vereins «Lebensraum Wallis ohne Grossraubtiere», der am Montag, wenige Stunden nach der Medienkonferenz des Kantons seine GV abhielt, lobt Bundesrat Albert Rösti für seinen Mut: «Er hat sich dem massiven Druck der Umweltverbände widersetzt und der Gesamtbundesrat hat die Inkraftsetzung des Jagdgesetzes am 1. November 2023 beschlossen.» Die Richtung stimmt, sagt Schnydrig. Im nächsten Jahr könne man dann sogar von September bis am 31. Januar 2025 regulieren und bei grossen Schäden, namentlich an Grossvieheinheiten, sogar in den drei Sommermonaten.

Juristisches Gutachten in der Hinterhand

Der Verein wird auch offiziell eine Stellungnahme zur geplanten Vernehmlassung zur Jagdverordnung abgeben können. Dafür ist man bereit. Vom Zürcher Rechtsbüro Bratschi AG liess man ein juristisches Gutachten erstellen. Das Gutachten, über dessen Inhalt sich Schnydrig noch nicht im Detail äussern will, soll als Grundlage für die weitere Bearbeitung der Jagdverordnung dienen und soll die Forderungen des Vereins juristisch untermauern. Das Rechtsgutachten hat Dr. jur. Livio Bundi ausgearbeitet. Bundi hat für einen Landwirt im Kanton Graubünden einen Freispruch erwirkt. Der Landwirt hatte mit einer scharfen Schusswaffe einen Wolf aus seiner Kuhherde vertrieben. Das Gutachten ist im August 2023 fertig erstellt worden und behandelt Fragen wie die Abkoppelung des Schadenbegriffes von der Anzahl der gerissenen Nutztiere, Nulltoleranz im Siedlungsgebiet oder den Verteidigungsabschuss bei

unmittelbaren Angriffen auf Nutztierherden. Im Gutachten sei auch die Frage nach der Vereinbarkeit mit der Berner Konvention beurteilt worden.

Mit der Regulation und den daraus entstehenden Möglichkeiten sei in der Grossraubtierpolitik ein neues Zeitalter eingeläutet worden, freut sich Schnydrig. Es werde sich nun zeigen, wie schnell jetzt in den Köpfen aller Beteiligten ein Umdenken stattfinde: «Je schneller dieses Umdenken und das entsprechende Handeln umgesetzt wird, je eher können wir die Wölfe aus unseren Regionen entfernen. Für die Landwirtschaft und die verschiedenen Nutztierassen verträgt es keinen Aufschub oder weitere Verzögerungen.»

Der Kanton verspielte den Informationsvorsprung

Der Verein ist auch im Bundeshaus aktiv. Im September fand sogar eine Sitzung mit Bundesrat Röstli statt. Und bereits im Mai 2023 gabs Gespräche mit dem Bafu. Die Informationen des Bafu hat man Mitte Juli 2023 mit den Verantwortlichen der Dienststelle für Jagd und Fischerei ausgetauscht: «Die Dienststelle wurde dabei aufgefordert, umgehend das Konzept und die Kosten für die bevorstehende Regulierung zu erstellen und dieses zuhanden des Kantonsbudgets 2024 einzubringen. Weitere Themenbereiche wie die vom Kanton ausgewiesenen Überstunden der Wildhüter und die teilweise widersprüchlichen Äusserungen von Wildhütern rund um die Grossraubtierpolitik und bei Informationen an die Betroffenen wurden an der Sitzung ebenfalls besprochen», sagt Schnydrig.

Doch der Kanton habe zu wenig aus dem Informationsvorsprung gemacht und sich dann im September überrascht gezeigt, bemängelt Schnydrig. Und jetzt organisiere man in einer Hauruckaktion die Regulation: «Der Verein bedauert, dass die Dienststelle bis auf den letzten Drücker mit der Planung der Regulation zugewartet hat.» Die jetzt von der Dienststelle organisierten Informationsveranstaltungen und Kurse für die Jägerschaft begrüsst der Verein, diese hätten aber auch schon viel früher stattfinden können. Der Spielraum für Optimierungsmöglichkeiten wäre «viel grösser gewesen und der Zeitdruck hätte ebenfalls vermindert werden können».

«15 von 120 Wölfen: Das ist viel zu wenig»

Schnydrig wünscht sich in Zukunft eine professionelle Eingreiftruppe für die Regulierung, vielleicht ein halbes Dutzend Gruppen für das Oberwallis, bestehend aus wenigen, aber ortskundigen und erfahrenen Jägern. Diese könnten nebst der Regulierung und auch bei Interventionen nach Schäden auf den Alpen eingesetzt werden. Und sie müssten entlohnt werden, fordert Schnydrig. Zudem müsste der Kanton pro Region mindestens einen Wildhüter zusätzlich für die Koordination einstellen. Und so die heutigen Wildhüter, die alle seit Jahren massiv Überstunden leisten müssen, entlasten.

Völlig erstaunt war Schnydrig über die Aussagen der Dienststelle am Montag zu den Abschusszielen. «Man beantragt den Abschuss von 34 Wölfen, will aber nur 10 bis 15 abschiessen. Das ist viel zu wenig. Das wären dann vielleicht zehn Prozent der aktuellen Wolfspopulation im Wallis. Solche Aussagen kann ich nicht nachvollziehen. Die vier genehmigten Abschussverfügungen im Sommer 2023 sind speditiv durchgeführt worden. Das zeigt doch, dass die Wildhut haargenau weiss, wo sich die Wölfe aufhalten. Will man die Erwartungshaltung tief halten? Für unseren Verein ist klar: Jede Zahl unter 30 geschossenen Wölfen bis Ende Januar wäre enttäuschend.»

Eine solche Mini-Regulierung hätte auch massive Konsequenzen. Der Wolfsbestand würde nochmals massiv wachsen. Gemäss dem Kanton wird die «Wolfspopulation derzeit auf 90 bis 120 Tiere geschätzt». Im September sagte Bundesrat Röstli im Nationalrat noch, dass es im

Wallis rund 70 Wölfe gebe. Der Kanton Wallis ist gemäss der neuen Grossraubtierstrategie künftig in einer Region zusammen mit den Kantonen Bern, Freiburg und Waadt. Dieser Region sind in Zukunft total drei Wolfsrudel zugeteilt, davon eines im Wallis.

Zu wenig Geld für den Herdenschutz

Auf Bundesebene sind in diesem Jahr vier Millionen Franken für diverse Massnahmen rund um den Herdenschutz gesprochen worden. 2022 waren es noch 5,7 Millionen Franken. Mitte Jahr gabs kein Geld mehr. Die Finanzkommission des Ständerates hat in der letzten Woche einen Nachtragskredit von drei Millionen Franken beschlossen und gleichzeitig soll das Budget für 2024 auf acht Millionen Franken aufgestockt werden.

Schnydrigs Schadensbilanz fällt zwiespältig aus: «Die politisch positiven Entwicklungen sollten nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Wölfe auch in diesem Jahr massiven Schaden an den verschiedenen heimischen und geschützten Nutztierassen angerichtet haben.» Bis Anfang November wurden 346 Schafe gerissen. Davon 89 in geschützten Alpen/Weiden, 138 in nicht schützbaeren Alpen/Weiden und 116 in nicht geschützten Alpen/ Weiden. Die Region des gesamten Simplongebietes bis tief hinein in die Gemeinden Visperterminen und Staldenried sowie die Augstbordregion waren in diesem Jahr durch die Wolfspräsenz besonders stark betroffen. Auch in diesem Jahr musste auf verschiedenen Alpen aufgrund der Wolfsangriffe vorzeitig abgealpt werden oder konnten Alpen erst gar nicht bestossen werden.

«In einer unheimlichen Regelmässigkeit sind die verschiedenen Nutztierisse mit all ihren negativen Auswirkungen für die Züchter und deren Umfeld gemeldet worden. Besonders alarmierend ist, dass die Nutztierisse auch nach der Sömmerung der Nutztiere nicht zurückgegangen sind und diese haben in den letzten Wochen längst das Siedlungsgebiet erreicht. Mit dieser Entwicklung rückt auch die Sicherheit der Bevölkerung mehr und mehr in den Vordergrund», merkt Schnydrig an.

Für den Verein ist der gesamte «aufgezwungene Herdenschutz gescheitert». Dies belege auch die ständig wachsende Zunahme von Angriffen auf sogenannt geschützten Wiesen und Weiden. Besonders besorgniserregend ist für Schnydrig aber der massive Rückgang der Züchter und des Schafbestandes.

Kritik an der Informationspolitik des Kantons

Ironie des Schicksals in Bezug auf den Herdenschutz seien die seit Sommer anhaltenden Nutztierisse beim kantonalen Herdenschutzbeauftragten in Zeneggen. Die Akzeptanz des Herdenschutzes im Allgemeinen und diejenige des Herdenschutzbeauftragten im Speziellen würden so sicher nicht gestärkt. Die Zusammenarbeit des Vereins mit den Verantwortlichen des Herdenschutzes beurteilt er allerdings als positiv.

Generell wünscht sich Schnydrig seitens der Dienststelle und des Kantons mehr Transparenz gegenüber den Tierhaltern und der Bevölkerung. Es werde immer nur informiert, wenn man unter Druck stehe: «Es ist beschämend, wie sich die kantonale Dienststelle und der zuständige Staatsrat betreffend die Kommunikation und Information zu den Nutztierissen auf dem Betrieb des Herdenschutzverantwortlichen verhalten haben.»